

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

7.2.1919 (No. 33)

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postamt
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Preis: Vierteljährlich 4.75 M.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Postwertzeichen eingerechnet, 4.92 M. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühren: die 7 mal gewaltene Zeile oder deren Raum 25 P. zuzüglich 30 % Steuerzuschlag. ...

Das Wichtigste.

Aufhebung der Blockade im April?

Wie der „Seebienst“ über Rotterdam aus New York meldet, wird im Handelsdepartement damit gerechnet, daß die Blockade über die Mittelmäde Mitte April aufgehoben werden wird. Es verlautet, daß Japan sich nicht mehr länger gebunden erachtet und deshalb Amerika darauf dringen will, die Blockade aufzuheben. ...

Französische Truppenmeutereien in Saarbrücken und Strassburg.

In Saarbrücken und in Strassburg haben 2 französische Regimenter gemeutert. Auf diese Tatsache und andere Desorganisations im französischen Heere sind die Bemühungen der Feinde zurückzuführen, den Abschluß des Präliminarfriedens möglichst zu beschleunigen. ...

Die vorläufige Reichsgewalt.

Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ berichtet, steht an erster Stelle auf einer der nächsten Tagesordnungen der Nationalversammlung der Entwurf über die vorläufige Reichsgewalt. ...

Spartakus in Düsseldorf.

Aus Düsseldorf meldet das B.L.Z. unterm 6. Februar: Gestern Abend erschien in dem Weinrestaurant „Grotte“ ein Matrose. Er gab sofort Protest ab. ...

Die Streikbewegung in England.

Nach zuverlässigen Meldungen aus London lauten die jüngsten Berichte aus den britischen Industriezentren sehr ernst. Die Zensur ist verschärft worden, so daß man in der Öffentlichkeit ungenügend informiert ist darüber, wie groß die Streikausdehnung zurzeit ist. ...

Sperrung deutscher Guthaben in Dänemark.

Nach der Kopenhagener „Nationaltidende“ waren von der französischen Gesandtschaft kürzlich die dänischen Banken aufgefordert worden, deutsche Guthaben zurückzuhalten. ...

* Vom Tage.

(Zur Eröffnung der Weimarer Nationalversammlung. Die Rede Eberts.)

Die deutsche Nationalversammlung ist gestern in der alten Goethestadt Weimar in feierlicher und würdiger Weise eröffnet worden. Wir wollen von vornherein keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir das Bedeutsame der Tagungen nicht in den vielen Reden zu erblicken haben, auf die wir uns wohl gefaßt machen müssen, sondern in den Beschlüssen. ...

Selbstverständlich werden mit dieser Feststellung die Reden an sich nicht entwertet; auch sie verdienen unsere höchste Aufmerksamkeit, da sie uns zeigen werden, welcher Geist die Nationalversammlung durchweht, und da sie uns über die Stimmungen und Auffassungen, die die Vertreter der Regierungen und der Parteien befeelen, willkommenen Aufschluß gibt. ...

Der Tag der Eröffnung mußte naturgemäß dem Worte gewidmet sein, da es darauf ankam, die Versammelten zu begrüßen, sie gewissermaßen heimlich zu werden zu lassen, und da es galt, durch Ablage eines Rechenschaftsberichtes der Reichsregierung eine Grundlage für die weiteren Erörterungen zu schaffen. ...

Die Rede, die der Volksbeauftragte Ebert am gestrigen Tage gehalten hat, gehört zu den Kundgebungen, die der ernstesten Beachtung wert sind! Sie verdient unseren Beifall und unsere Zustimmung, da sie klare Richtlinien aufstellt und in trefflicher, gut durchdachter und volkstümlicher Weise das sagt, was die große Mehrheit unseres Volkes zu hören wünschte. ...

Die Rede Eberts geht aus von der fundamentalen Feststellung, daß die Nationalversammlung der höchste und einzige Souverän in Deutschland ist. Mit den alten Gewalten ist es für immer vorbei. Die Nationalversammlung hat eine starke republikanische Mehrheit. Der Krieg ist verloren: Aber das ist keine Folge der Revolution; sondern es war die kaiserliche Regierung des Bringen May von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte. ...

Mit besonderem Nachdruck betont Ebert, daß die Revolution die Verantwortung abnehmen müsse für all das Elend, in das die verkehrte Politik der alten Gewalten und der leichtsinnige Übermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt haben. Wir halten diese Bemerkung für außerordentlich notwendig und zeitgemäß. Es gibt bei uns in Deutschland noch viel zu viel Leute, die die Zwangslässigkeit der Erscheinungen völlig überschauen und die gänzlich unzutreffende Auffassung verbreiten, als ob die Revolution selbst an allem schuld sei. ...

Was die Schuld am Kriege betrifft, so ist das deutsche Volk entschlossen, selbst alle zur Verantwortung zu ziehen, ...

denen ein absichtliches Verschulden oder eine absichtliche Niedertracht nachgewiesen werden kann. Mit passenden Worten, die ganz das tiefe Gefühl des Schmerzes und der Empörung verraten, das uns alle durchzittert, kam Ebert auf die Waffenstillstandsbedingungen zu sprechen. Er warnte die Gegner, uns nicht zum Außersten zu treiben, und er prägte den bedeutsamen Satz: „Auch eine sozialistische Volksregierung, und gerade diese muß daran festhalten: Lieber ärgste Entbehrung als Entehrung.“ ...

Nachmals unterstrich Ebert die Tatsache, daß die provisorische Regierung eine sehr üble Herrschaft angetreten habe. Gestützt vom Zentralrat der Arbeiter und Soldatenräte, habe die Regierung ihre ganze Kraft eingesetzt, die Gefahren und das Elend der Übergangszeit zu überwinden. Aber das Wirtschaftsleben kann nur wieder in Gang gebracht werden, wenn Unternehmer und Arbeiter in gleicher Weise ihre Pflicht tun, die Unternehmer, indem sie die Produktion mit allen Kräften wieder beleben, die Arbeiter, indem sie alle Kräfte anspannen zur Arbeit, um so die Werte schaffen zu können, die uns allein zu retten vermögen. ...

Die Eröffnung der deutschen Nationalversammlung.

Die Blicke nicht nur ganz Deutschlands, sondern auch der übrigen Welt sind in diesen Tagen auf die alte Goethestadt Weimar gerichtet, die sich seit Wochen zum Empfange der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung gerüstet hat. Die außerordentlichen Schwierigkeiten der Unterbringung der großen Zahl von Abgeordneten, der Regierung, der Presse und der notwendigen Aemter, darunter des umfangreichen Post- und Telegraphenapparates, sind mit großer Tatkraft überwunden worden. ...

Die feierliche Eröffnungssitzung fand gestern durch den Volksbeauftragten Ebert statt, der in seiner Eröffnungsansprache u. a. ausführte:

Die provisorische Regierung dankt ihr Mandat der Revolution. Sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen. Die Regierung begrüßt in dieser Nationalversammlung den höchsten und einzigen Souverän in Deutschland. Mit den alten Königen und Fürsten von Gottes Gnaden ist es für immer vorbei. (Lebhafter Beifall links, Zuruf rechts: Abwarten!) Diese Nationalversammlung hat eine große republikanische Mehrheit. Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in aller Zukunft sich selbst. Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. Es war die kaiserliche Regierung des Bringen May von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte. ...

Militärwärter.

Das Reichsamt des Innern hat, nachdem die Demobilisierung nahezu durchgeführt ist, angeordnet, daß mit der endgültigen Ausschreibung der während des Krieges offen gehaltenen oder nur vorübergehend besetzten Stellen, soweit sie den Militärwärtern vorbehalten sind, sofort zu beginnen ist. Die Stellenangebote sind dem Bezirkskommando Karlsruhe als der für Baden zuständigen Vermittlungsbehörde zur Bekanntmachung in den Anstellungsnachrichten zuzustellen.

Huskunftserteilung in Demobilisierungsfragen.

Alle Anfragen in Demobilisierungsangelegenheiten, insbesondere über Ersatztruppenteile, Demobilisierungsorte, sind künftighin nicht mehr an das Kriegsministerium, sondern an das Generalkommando XIV. A. R. in Durlach zu richten, dem die Erledigung obliegt. Wenn in einzelnen Fällen das Generalkommando auf Grund des ihm zur Verfügung stehenden Materials zur Auskunftserteilung nicht selbst instande ist, wird es die Anfrage von sich aus an das Kriegsministerium weiterleiten. Unmittelbar an das Kriegsministerium gerichtete Anfragen können auf Beantwortung nicht mehr rechnen.

Den Abschuss von Raubzeug und Schwarzwild durch Jagdschutzbeamte.

Der französische Kontrolleur für die neutrale Zone hat das Tragen von Schusswaffen durch die staatlichen und Gemeindefeldwachmannschaften und den Abschuss von Raubzeug und Schwarzwild durch diese Jagdschutzbeamten in der neutralen Zone genehmigt.

Interpellationen in der Nationalversammlung.

In der badischen Nationalversammlung wurden weiter folgende

Interpellationen

eingetragen:

Interpellation Schell u. Gen., betr. den Eisenbahnbau und Arbeiterfragen:
„Vorläufig den beiden Nebenbahnlücken Bad-Bornheim-Bad-Weilbach und Bad-Bornheim-Bad-Weilbach liegt das noch nicht angebaute Teilstück zwischen Bad-Bornheim und Bad-Weilbach von 9 Kilometern. Es ist der badischen vorläufigen Volksregierung bekannt, daß der Ausbau der Strecke für den allgemeinen Verkehr wie für das badische Braunkohlen- und Holztransportbedürfnis ist. Wann gedenkt die Regierung die Bauarbeiten für den badischen Ausbau dieser Strecke in Angriff zu nehmen, um einerseits den dringenden Verkehrsbedürfnis entgegenzukommen und andererseits den großen Anlaß von Arbeitslosen Gelegenheit zu Arbeit zu geben?“

Interpellation Engelhardt u. Gen., zum gleichen Gegenstand:
„Wird es der vorläufigen Regierung bekannt, daß in Baden, darunter in Mittelbaden, eine große Anzahl von beschäftigungslosen Arbeitern vorhanden ist, die Arbeit und Verdienst haben müßten? Im Zusammenhang des Eisenbahnbau für die Jahre 1914/15 wurden unter Ziffer 1 & 6 als erste Teilsforderung für die Erweiterung der Nebenbahn von Eppena nach Ebersbach 500 000 M. eingestellt und bewilligt. Ist die Regierung bereit, die Vorbereitungen für diesen Bahnbau so zu fördern, daß am Abend mit den Bauarbeiten als Vollbauarbeiten begonnen werden kann?“

Interpellation Beyer u. Gen., zum gleichen Gegenstand:
„Ist der Regierung bekannt, daß über 16 000 Arbeitslose nach der amtlichen Reichsstatistik in Baden vorhanden sind, darunter nach dem Anteil Bauarbeiter? Was gedenkt die Regierung zu tun, um einem Teil dieser Arbeitslosen Beschäftigung zu geben? Bietet die Anagnose des Bauhofesneubaus in Emmendingen sowie die Verlegung des Kreisbürger-Spitals nach Bad-Weilbach nicht eine Gelegenheit, die Arbeitslosen, besonders jene der Bauarbeiter, teilweise zu beschäftigen und die Arbeiterlosenunterstützung erheblich einzuschränken?“

Interpellation Beyer u. Gen., ebenfalls den Eisenbahnbau und die Arbeiterfrage betr.:
„Ist der vorläufigen Volksregierung bekannt, daß durch die erheblichen Unterbrechungen in der Arbeitstätigkeit bei den Eisenbahnarbeitern eine starke Erregung hervorgerufen wurde? Was gedenkt die Regierung zu tun, diesen Arbeitern auszuweichen? Ist sie bereit, die Grundzüge der Bestimmungen der Arbeitsverträge in der Zeit vom 12. November 1918 durchzuführen? Ist der Regierung bekannt, daß viele Arbeiter, die ausschließlich während des Krieges im „Wohnheim“ beschäftigt wurden, durch die Rückkehr der Arbeiter in ihren Dienst arbeitslos werden? Was gedenkt sie zu tun, diesen Arbeitslosen Gelegenheit zu Arbeit zu schaffen?“

Der Religionsunterricht in der Schule.

Der Verfassungskonferenz der badischen Nationalversammlung setzte gestern nachmittag die Aussprache über den Religionsunterricht in der Schule fort. Der von demokratischer Seite gemachte Vorschlag, wonach Religion nur Pflichtfach für die Volksschule sein soll, wird von Zentrum und Sozialdemokratie nicht aufrechterhalten. Das Zentrum will auch für die Fortbildungsschule und Mittelschule den Religionsunterricht als Pflichtfach in der Verfassung festgelegt wissen.

Zur Abstimmung liegen nun verschiedene Anträge vor. Der sozialdemokratische Antrag „Religion ist kein Pflichtfach weder für Lehrer noch für Schüler“ wird mit 14 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag der Zentrumsfraktion „Religion ist Pflichtfach im Schulunterricht (also auch in Fortbildungsschule, Gewerbe-, Handels-, Mittelschule, sowie in allen Lehrerbildungsanstalten) wird mit 9 gegen 5 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen angenommen.“

Der Abs. 2 des § 19 erhält jetzt folgende Fassung: „Religion ist Pflichtfach im Schulunterricht. Er wird im Auftrag der zuständigen Regierungsgemeinschaften erteilt und von ihr überwacht.“

Der Abs. 3 des § 19 soll künftig lauten: „Kein Lehrer darf wider seine religiöse Überzeugung zur Erteilung des Religionsunterrichts oder zur Vornahme kirchlicher Handlungen, kein Schüler gegen die religiöse Überzeugung der Religionsberechtigten zum Besuch des Religionsunterrichts oder zur Teilnahme an kirchlichen Handlungen gezwungen werden.“ Der erste Teil dieses §. Absatzes ist vom Zentrum eingebracht, der zweite Teil von den Demokraten. Für den zweiten Teil stimmen auch die Sozialdemokraten, während sie sich beim ersten Teil der Stimmen enthalten.

Die Aussprache kommt damit zum Abschluß der Regierungsvorlage, der Befehl, daß zum Besuch der öffentlichen Volksschule alle Kinder verpflichtet sind. Die Redner der Demokraten und Sozialdemokraten traten energisch für diese allgemeine Schule ein. Das Zentrum spricht sich gegen die Fassung der Regierungsvorlage aus. Zu einer Beschlußfassung kam es nicht. Am Freitag vormittag wird die Beratung fortgesetzt.

Die Eisenbahner und das Koalitionsrecht.

Gestern nachmittag fand in Karlsruhe eine von mehreren hundert Personen besuchte, vom Gau Baden des Verbandes der deutschen Verkehrsbeamten einberufene Eisenbahnerversammlung statt, die sich in der Hauptsache mit dem Koalitionsrecht, der Feuerungszulage und dem Tarifrecht befaßte. Über diese Punkte sprach Gauleiter Schneider, der dabei behauptete, daß der Verfassungsausschuß der bad. Nationalversammlung bei der Beratung des § 17 mit 11 gegen 9 Stimmen versucht habe, das einheitliche Streikrecht für alle Staatsbeamten und Arbeiter einzuschränken. Seine Ausführungen gipfelten in zwei Entschlüsse, von denen die

erste das freie und uneingeschränkte Koalitionsrecht verlangt und sich gegen jeden Versuch wendet, für die Staatsarbeiter und Beamte Ausnahmebestimmungen zu schaffen. In der zweiten Entschlüsse wird gesagt, die Versammlung gebe sich zunächst mit der Regierungserklärung über die Feuerungszulage zufrieden und erwarte von der Nationalversammlung eine alsbaldige Erledigung dieser Sache. Ferner fordere sie die nachträgliche Auszahlung der vollen Feuerungszulage vom September vorigen Jahres an alle Kriegsteilnehmer und erwarte, daß der eingereichte Lohnsatz in kürzester Zeit zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht wird und die Forderung der Beamten auf eine zeitgemäße Regelung der Gehalts- und Beförderungsverhältnisse, sowie Einführung von Beamtenauschüssen in Bälde zur Durchführung komme. Nach einer lebhaften, diesen Forderungen zustimmenden Aussprache wurden die Entschlüsse angenommen.

Elsässer Flüchtlinge in Offenburg.

Man schreibt uns aus Offenburg: Während bisher die Übernahme der aus Elsass-Lothringen von den französischen Behörden, zumeist auf elsassische Denunziation und Beeinflussung hin vertriebenen Bürger und Beamten durch einen deutschen Hilfsdienst unmittelbar nach Überschreiten des Rheins in Rehl erfolgt war, ist der Übernahme durch die französische Besetzung von Rehl seit voriger Woche nach dem am Fuße des Schwarzwalds gelegenen Offenburg übertragen worden. Am Mittwoch traf hier ein von Straßburg abgegangener Zug mit etwa 900 Vertriebenen ein, der bei Appenweier über die neu angelegte Verbindungsbahn ohne leistung Station zu berühren hierher geleitet worden war. Für viele der Angewandten bildete es wiederum eine Erleichterung, aus dem unangenehmen Druck der im Elsass erzeugten nationalistisch geladenen Atmosphäre und der steten Bedrohung mit Gefährlichkeit und Mißhandlung nach Monaten wieder einen Boden betreten zu können, auf dem man inmitten von teils neugierigen und freundschaftlichen Volksgenossen wieder frei atmen durfte. Gleichwohl bleibt das Bild der vielfach ihrer Habe beraubten Menschen stets ein tieftrauriges; manchen sind diesmal auch ihre geringen Mengen an mitgeführten Lebensmitteln bei der französischen Untersuchung abgenommen worden. Auf dem Bahnhof Offenburg ist vom Flüchtlingsausschuß ein Hilfsdienst unter Mitwirkung von jugendlichen Pfadfindern eingerichtet, der für die Beförderung des Gepäcks und die Unterbringung in den bereit gehaltenen Massenquartieren in staatlichen Gebäuden oder Privatquartieren und Gasthöfen besorgt ist. Die Übernahmeestelle arbeitet in Verbindung mit der in Freiburg i. Br. errichteten Zentrale des Ausflusses für ausgereisene Elsass-Lothring'.

Wie man von den Angekommenen wiederum hörte, sind zwar in Straßburg Lebensmittel in Fülle vorhanden, sogar mehr als in Paris der Fall sein soll, jedoch zu demart gestiegenen Preisen, daß sie der Mehrheit der Bevölkerung unzugänglich bleiben. Die Aldeutschen, die zum Teil gute Arbeiter gewesen wären, sind schon in großer Zahl von Straßburg abgewandert und es sollen bereits Schieberungen von Rorkäten nach Frankreich durch Händler stattfinden. Die Wohnungen in Straßburg sind vielfach auf die Hälfte des früheren Wertes herabgesunken; das unter Leitung des bisherigen Betreters der „Frankfurter Zeitung“ erscheinende Nouveau Journal de Strasbourg bringt Zeitungen mit Anzeigen leerstehender Wohnungen, die über drei volle Seiten in kleiner Druckchrift aufweisen. Mit Absicht hört man von den vielfach, namentlich von afrikanischen Truppen geübten Ausschreitungen auf städtischem Gebiet und die Ausbreitung schwerer geschlechtlicher Injektionen sprechen. Für die beizigende einheimische „Bourgeoisie“ ist allerdings noch immer, wie schon seit zwei Monaten ein militärisches oder bürgerliches Zeit das andere ab und zu die nächste Zeit sind nicht weniger als sechs internationale Veranstaltungen angekündigt. Gegen die Fortdauer dieses Treibens sollen sich allerdings nunmehr schon einheimische Stimmen erheben. Das an der Spitze der gegen die Deutschen gerichteten Hebe marschierende Journal d'Alsace-Lorraine hatte kürzlich einmal geschrieben, die Deutschen hätten doch „etwas aus Straßburg zu machen verstanden“. Es läßt sich aber heute schon voraussehen, was das von einer Art Fieber gezeitigte Vorgehen der Franzosen in absehbarer Zeit aus der alten „wunderbaren Stadt“ machen wird und, wie wir sehen, zum Teil jetzt schon gemacht hat.

Badische Zeitungsstimmen.

Zentrum und Regierung. Unter dieser Überschrift veröffentlicht die „Badische Beobachter“ einen Leitartikel, in dem er den Beschluß der Zentrumsfraktion betr. das eventuelle Ausschließen der Minister Trunt und Dr. Wirth einer Besprechung unterzieht und, nachdem er betont hat, daß man in den Zentrumskreisen des ganzen Landes mit der Haltung der Fraktion in dieser Frage einverstanden sei, die Frage aufwirft, um was es sich denn nun eigentlich handle. Wie der „Beobachter“ meint, ist es zunächst die Frage der einmaligen Feuerungszulage und des Ultimatums der Eisenbahner, die kam, nachdem die Gesamtregierung sich bereits mit der Frage einer weiteren Zulage beschäftigt habe. „Da kam“, so heißt es u. a. weiter, „das Ultimatum der Mannheimer Eisenbahner“. Man war sich allseits darüber klar, daß einer derartigen Revolverpolitik nicht entgegen werden könne. Man war sich ferner, darüber klar, daß die Entscheidung über die neu in Frage stehende Zulage einzig und allein der Nationalversammlung zustehe. Deshalb fand am Freitag, den 31. Januar, zunächst eine Besprechung des Verkehrsministers Rüdert mit den Parteiführern und daran anschließend eine Sitzung des Haushaltsausschusses der Nationalversammlung statt, die beide sich mit der Zulage-Frage beschäftigten. Am selben Abend noch beschloß die Gesamtregierung, der Nationalversammlung, die bereits mitgeteilte Vorlage über Gewährung einer Feuerungszulage und die Aufbringung der Mittel durch den Steuerantrag zu unterbreiten. Soweit der tatsächliche Verlauf.“

Diese Vorgänge seien nun Land auf Land ab zu der Erklärung benutzt worden, das Zentrum, vor allem der Finanzminister Dr. Wirth habe sich gegen die Gewährung der Zulage ausgesprochen und wolle überhaupt für die Eisenbahner nichts tun. Diejenigen aber, die diese Sache inszenierten und pflegten, seien vor allem die Sozialdemokraten. Der Artikel spricht dann von der „merkwürdigen Wahrnehmung“, daß der derzeitige Verkehrsminister, der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Rüdert, sich offenbar gegenüber den Vertretern der Eisenbahner zu einer Zeit schon fest verbindlich für die Gewährung der Zulage ausgesprochen habe, in der die Verhandlungen mit den Parteiführern, mit dem Haushaltsausschuß und diejenigen in der Regierung noch gar nicht zum Abschluß gekommen waren, ohne daß er von dieser ersten Tatsache den letztgenannten Instanzen Mitteilung gemacht hätte. „Das wird“, so heißt es dann weiter, „behauptet. Triff dies zu — und vorläufig spricht manches dafür, — dann würde das ein merkwürdiges Licht werfen auf die so oft verkündete Solidarität des Gesamtministeriums. Klarheit ist deshalb erforderlich; und diese zu schaffen, ist dringend geboten. Dazu kommt nun aber noch ein weiteres.“

Am letzten Sonntag fand in Karlsruhe eine Versammlung der Handelskammern statt, in der die Frage der

Zwangswirtschaft für Gegenwart und Zukunft erörtert wurde. Das ist eine Angelegenheit, die das Ministerium für Ernährungsfragen und dasjenige des Innern angeht. Die Minister dieser beiden Ministerien waren deshalb auch in der Versammlung erschienen. Außer ihnen kam auch noch der Minister des Außern, Herr Dietrich. Das war natürlich sein gutes Recht. Aber — und das ist das Entscheidende — überraschenderweise war nun gerade er derjenige, der zuerst das Wort ergriff und dabei in der schärfsten Weise die Zwangswirtschaft und die auf diesem Gebiete auch von der vorläufigen Volksregierung getroffenen Maßnahmen in einer Art und Weise kritisierte, die unwillkürlich den Eindruck aufkommen lassen mußte, daß hier tiefklaffende Gegensätze im Gesamtministerium bestehen. Der zuständige Ressortminister Trunt konnte diese Angriffe, auf sein Ministerium natürlich nicht auf sich ruben lassen, um so weniger, als es sich dabei zum Teil um eine Kritik über Maßnahmen handelte, denen, wie man uns sagt, Herr Dietrich in der Regierung seiner Zeit selbst zugestimmt hat. Es ergab sich deshalb die außerordentlich bedauerliche Tatsache, daß in aller Öffentlichkeit ein Mitglied der Regierung gegen das andere zu polemisieren hatte. Etwas derartiges ist einfach unerträglich, um so mehr, als es, wie wir hören, nicht das erste Mal sein soll, daß der Minister des Außern sich um Angelegenheiten kümmert, die weitab von denen seines Ressorts liegen. So können die Dinge nicht weiter betrieben werden. Das Zentrum will sich von der Verantwortlichkeit nicht drücken. Aber wenn es diese mittragen soll, dann muß es auch entsprechend behandelt werden. Und wenn die parlamentarischen Neulinge der Sozialdemokratie das nicht wissen und andere Herren das nicht beachten wollen, dann haben diese eben auch die Folgen dieser Agitationspolitik zu tragen.“

Die „Badische Landeszeitung“ äußert sich heute zu diesen Ausführungen dahin, daß nach wie vor der Eindruck bestehen bleibe, daß das Zentrum einen Vorwand suche, um aus dem Kompromiß- und Koalitionskabinett heraus, und in eine dankbarere Oppositionsstellung hineinzukommen. „Was den Vorgang bei der Kundgebung des badischen Handelskammerverbandes betrifft“ so schreibt sie sodann, „so mühte zu seiner richtigen Beurteilung doch wohl der zunächst Beschuldigte, Minister Dietrich, gehört werden, der sich aber bekanntermaßen zurzeit, ebenso wie andere Regierungsmitglieder, in Weimar befindet. Es wäre Sache eines Ministerrates gewesen, die vom „Badischen Beobachter“ behaupteten Unstimmigkeiten zum Gegenstand einer Besprechung zu machen, und es war für die Zentrumsmitglieder der Regierung wie auch für die Zentrumsfraktion der einzig richtige Weg, auf eine solche Aussprache hinzuwirken.“

„Wie steht es im Elsass?“ Über die Ernüchterung mancher Kreise im Elsass haben wir schon vor kurzem berichten können. Heute finden wir einen neuen Beitrag zu diesem interessanten Thema in der „Freie Presse“, über das von einem freiwillig ausgedienten Elssässer u. a. folgenden geschrieben wird:

„Das Landvolk sieht dem neuen System, das wenig einheitlich arbeitet, dafür aber um so rüchlosloser auftritt, stark gegenüber. Es hat sich unter der deutschen Verwaltung wohl gefühlt und wäre gern deutsch geblieben. Heute möchte es vielleicht lieber neutral werden. Die anständigen Elssässer — sie sind noch lange nicht ausgezogen — rüden von den Trägern des Terrors und der Unbuddsamkeit mehr und mehr ab. Viele von ihnen erkennen, daß der sogenannte deutsche Militarismus erfert worden ist, bei dem niedrige Angeber und Putzträger eine bisher ungekannte Rolle spielen. Seine freiwilligen Spindel und Angeber sind überall. In Aufsatz arbeitet ein „Eremitenkomitee“, das aus 10 Mann besteht, von denen einer 7 Jahre im Zuchthaus gewesen hat und 8 andere gerichtlich bestraft sind. Dieses „Eremitenkomitee“ fordert selbstständig die „Anrufer“ auf, binnen 24 Stunden das Land zu verlassen.“ Der Verfasser schließt: „Das Blatt des früheren Reichstagsabgeordneten Daegh in Colmar hat vor einigen Tagen mit ganz auffallender Energie darauf hingewiesen, daß das Elsass ein deutschstämmiges und deutschsprachiges Land sei und daß seine Überlieferung und deutsche Sprache verdient. Am Mittwoch haben sich mehrere evangelische Gemeinden unter Vorantritt des früher etwa 1500 Einwohner zählenden Dorfes Sulzern an Wilton gewandt mit der Bitte, für Erhaltung ihrer deutschen Mutter-sprache, Sitte und Religion einzutreten. Kurz: die Zeichen, daß das Elsass erwacht, mehren sich zusehends!“

Aus der Landeshauptstadt.

Konzerte.

Der Lieder- und Arienabend, den Franz Schwerdt dieser Tage im Eintrachtsaal veranstaltete, vermochte im großen ganzen keine rechte Befriedigung zu gewähren. Herr Schwerdt ist unfreilich eines der fleißigsten Mitglieder unseres Landestheaters und hat seit seinem Hiersein tüchtig an sich gearbeitet. Seine Leistungen als Bühnensänger haben sich, wie er jüngst als Stradella wieder bewies, gerade in den letzten Monaten in erfreulicher Weise vervollkommen. Für den Konzertsaal aber ist sein an sich schönes und wohlklingendes Organ einzuweisen noch nicht genügend durchgebildet. Zu einem wirklich vollendeten Vortrage gehört nicht nur gutes Material und eine Durchschmittschärfe, sondern wirkliche Gesangskultur, musterhafte Tonbildung, Modulationsfähigkeit und eine mühelose Beherrschung von Deklamation, Phrasierung und Ausdruck — alles Eigenschaften, die Herr Schwerdt noch nicht besitzt. Damit ist keineswegs gesagt, daß er sich nicht mit der Zeit erlangen wird. Am ehesten befriedigte er in Hoffmanns Stabat mater und in einigen ansprechenden, wenn auch ziemlich konventionell empfundenen Liedern des jungen Karlsruher Komponisten Arthur Kusterer, der die Begleitung am Flügel ausführte. Bei Mozart, Schubert und Brahms hatte der Sänger noch zu sehr mit dem Mangel an genügender stimmlicher Durchbildung zu kämpfen (was ihn zeitweilig sogar die hungemäße Wort- und Silbenbetonung verzeihen ließ), um auch den feinsten Gehalt der Kompositionen zu erschöpfen.

Eine willkommene Unterbrechung des gewöhnlichen Einerleis von Klavier- und Vielerabend bildete der vorgestrige Sonatenaabend für Klavier und Cello von Elisabeth Moritz und Julius Schwanzara, die Beethoven op. 69, Brahms' op. 99, und Richard Strauß' op. 6 auf ihr Programm gesetzt hatten. Den schönen, sauberen, an feinen Klangschattierungen reichen und fein rhythmisierten Vortrag von Fel. Moritz zu hören, ist stets von neuem ein Genuß; Herr Schwanzara wieder im Konzertsaal zu begegnen, war eine besondere Freude, nachdem man sein ausdrucksvolles und technisch ausgereiftes Spiel so lange nicht mehr vernommen hatte. Die beiden Künstler bewährten sich im Zusammenpiel als feinst empfindende Musikernaturen. Sowohl das in seiner Fülle poetischer Schönheit schwer auszusprechende Beethovenwerk, wie die dramatische, von reichem Stimmungswechsel erfüllte Brahms'sonate und das jugendliche, langfreudige Opus von Strauß erfuhren eine sorgsam ausgefeilte, auf Innehaltung der großen architektonischen Linie wie auf liebevolle Ausdeutung des musikalischen Stimmungsgehalts bedachte Wiedergabe. Sämtliche Darbietungen fanden denn auch den verdienten herzlichen Beifall. E. R.

Meine liebe Frau, die rastlos sorgende Mutter meiner Kinder

Frau Else Huegel

geb. Kempf

starb heute.

Ettlingen, 5. Februar 1919.

Bürgermeister Huegel.

Amtliche Bekanntmachung.

Verkehr mit Opium betr.

Auf die Verordnung obigen Betreffs des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 15. Dezember 1918 (R.G. Bl. 1918 S. 1447) und die bad. Vollzugsverordnung hierzu vom 14. Januar 1919 (Ges. u. V.-O. Bl. 1919 S. 23) wird hierdurch hingewiesen. Die Bestimmungen können auf dem Bezirksamt eingesehen werden.

Karlsruhe, den 8. Februar 1919.
Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Badisches Landestheater.

Im Konzerthaus

Samstag, den 8. Februar 1919 (Sa. 18.):

„Der Evangelimann“

Anfang 7/8 Uhr.

Ende 1/10 Uhr

Aufruf!

Zur Aufstellung von mobilen Munition-, Verpflegung- und Kraftwagenkolonnen bei Grenzschutz Ost werden dringend geeignete Freiwillige (Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften) benötigt. Meldung beim Bezirkskommando Karlsruhe, Hebelstraße 2, III. Etod, Zimmer 8. Militärpapiere oder Führungszeugnisse mitbringen. Lohnbedingungen sind dieselben wie für sonstige Freiwillige des Grenzschutzes Ost. 3.638
Karlsruhe, den 5. Februar 1919.
Bezirkskommando.

Freiwillige Ordnungswehr.

Weitere Anmeldungen zur Freiwilligen Ordnungswehr erfolgen wie bisher durch Eintragung in die Listen:

1. Polizeiwache Durlachertor,
2. Rathaus, Fürstnerzimmer,
3. Polizeiwache Mühlburgerter.

Der Dienst ist ehrenamtlich und beschränkt sich auf Alarmbereitschaft und Eingreifen im Falle schwerer Ordnungstörungen.

Die F.O.W. tritt nur im Fall von Angriffen und auf direkten Befehl der Badischen Volksregierung in Tätigkeit.

Die Mitglieder der F.O.W. haben daher in Zeiten der Ruhe und Ordnung keinerlei Posten- und Patronenendienst zu leisten; dieser ist Sache der Polizei, Gendarmen, Polizeitruppen und Volkswehr. Die F.O.W. ist eine Reserve der Regierung, die sich aus der gesamten Einwohnerschaft bildet.

In erster Linie kommen militärisch ausgebildete Männer in Betracht.

Als Alarmsignal gilt das vom Bezirksamt festgesetzte Erklingen der Sirene. Alle näheren Bestimmungen ergeben direkt an die in die F.O.W. aufgenommenen Mitglieder.

Für Unfälle im Dienst übernimmt der Staat Kostpflicht sowie Versorgung der beschädigten Mitglieder der F.O.W. gem. Bestimmungen der Reichsversicherung unter Zugrundlegung eines Arbeitsverdienstes von monatlich 375 M. 3.967

Paulde.

Bereinigung techn. Vereine Karlsruhe

Einladung zur öffentl. Versammlung am Montag, 10. Febr. 1919,

abends 8 Uhr, im großen Saal des Rathauses, Karlsruhe, Marktplatz, über:

Die Stellung des Technikers in der öffentl. Verwaltung
Redner: Herr Dr. Fuchs, Oberbaudirektor.

Außerdem werden sprechen die Herren Tiefbauinspektor Bronner, Eisenbahndirektor Rölbede und Architekt Schneider.

Techniker, erscheint alle mit Ehren wahlberechtigt. Familienangehörigen. Gäste, Männer und Frauen willkommen.

Der Vorstand.

Gewinne 1000 Ml.

und viele kleinere Treffer fielen an meine Kundschaft in der bayr. Sanitätskassette und werden sofort ausbezahlt. Neue Lose à 1.— der Bad. Kreuz und Bad. Krieger, sowie 2 und 3 Marklose u. Kreuz südd. Klassenlose, à 10, 20, 40, u. 80 Mark, empfehle bestens

Ludwig Götz

Badischer Lotteriezuziehener
Hebelstraße 11/15, b. Rathaus.

Guche Vertretungen in offenen u. Flaschenweinen, Süßweinen u. Spirituosen usw. Angebote unter Z. 960 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Such: größere Posten zu schwarzen Lee kaufen. Diesel, Dortmund, Schwabenstr. 81, Tel. 2541.

Haus in sehr ruhiger Lage mit 11 Zimmern, 2/3 höflich, ca. 30 qm Terrasse, Veranda, Loggia, Badstube, Garten, Poolraum und Remise zu verkaufen. Anfragen erbeten G. Wader, Gipsler, Neuenbürg a. G.

Die Stelle des Bürgermeisters in der zusammengefassten Gemeinde Rollingen, Badisch Rheinfelden, Amt Säckingen, soll alsbald durch einen 3.935.2.1

Berufsbürgermeister

besteht werden. Geeignete Bewerber wollen sich unter Bezeichnung der Gehaltsansprüche und Referenzen, Vorlage von Zeugnissen und kurzen Lebenslauf bis 15. Februar 1919 bei unterzeichnetem Gemeinderat melden.
Rollingen, Badisch Rheinfelden, 28. Januar 1919.
Der Gemeinderat:
G. Senger.

Belegung der Stelle des Stadtrechners.

Nachdem der bisherige Stadtrechner Hubert auf 1. April d. J. um seine Versetzung in den Ruhestand nachgesucht hat, ist die Stelle des Stadtrechners auf genannten Termin neu zu besetzen. Bewerber, die sich für die Besetzung des Dienstes für vereinschafte erachten, wollen ihre Gesuche, unter Beigabe eines Lebenslaufes, von Dienstzeugnissen und Angaben der Gehaltsansprüche bis Samstag den 1. März d. J. bei der unterzeichneten Stelle einreichen. F.971
Pforzheim, 5. Febr. 1919
Der Stadtrat.

Die Stelle der Wirtschaftlerin

(1. Köchin) ist auf 1. April d. J. wieder zu besetzen. Bewerberinnen, die im Kochen und im Wirtschaftswesen sehr gute Kenntnisse

und praktische Erfahrungen haben, wollen sich unter Vorlage von Lebenslauf und Zeugnissen melden. 2.922
Direktion der psychiatrischen und Nervenklinik Freiburg im Breisgau.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.
3.673.2.1. Freiburg.
Frau Frieda Dr. Zeuschner, Belfortstraße 13 hier, Prozeßbevollmächtigte, R. A. Weil hier, klagt gegen Peter Wipfels aus Cleve, zuletzt hier, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, mit dem Antrag, denselben dort, vollstreckt, zur Zahlung von 636 M. 90 Pf. nebst Zins vom Klageausstellungstag für Verköstigung und Wohnung im Dezember d. J. zu verurteilen, unter Auflegung der Kosten, auch derjenigen des Arrestverfahrens, und laßt ihn zur mündlichen Verhandlung des Rechts-

streits vor die 3. K. I des Landgerichts hier in den auf 11. April 1919, vorm. 9 Uhr, bestimmten Termin mit der Aufforderung, einen bei diesem Gerichte zugelassenen R. A. als Vertreter zu bestellen.
Freiburg, 8. Febr. 1919.
Gerichtsschreiberei des Landgerichts.

Aufgebot.
3.663.2.1. Raftatt. Das Finanzinstitut für Handel und Gewerbe G. m. b. H. in Raftatt, vertreten durch die Rechtsanwälte Rüdiger u. Busch in Mannheim, hat das Aufgebot des Hypothekendarbotes beantragt, der vom Grundbuchamt Raftatt ausgestellt und eingetragen ist in Grundbuch Raftatt Band 33 Heft 24 III. Abt. Nr. 2 auf dem Grundstück des Kaufmanns Adolf Schweinheim von Ed'n. Mettenbera Ob.-Nr. 1389 für eine Pfandhypothek von 5000 M. für Darlehen zum Gunsten des Antragstellers. Der Inhaber der Urkunde

Aufruf!

Unter der großen Zahl deutscher Kriegsgefangener in Feindesland befinden sich viele Tausend Badener.

Der Badische Landesverein vom Roten Kreuz hat sich durch seine Gefangenenfürsorge mit seinen zahlreichen Zweigstellen im Lande seit vier Jahren treu und eifrig um ihr Los bemüht. Die Nachforschungen nach Vermissten, die Unterstützung der Bedürftigen, die Ueberführung von Kleidungsstücken und Wäsche, die Vermittelung von Paket- und Geldsendungen der Angehörigen waren schwierige, doch gerne übernommene und durchgeführte Aufgaben. Der Landesverein hatte sich dabei dauernd großer Unterstützung im Lande zu erfreuen.

Die jetzige große Bewegung in der Heimat unter dem Namen „Reichsbund zum Schutze deutscher Kriegs- und Zivilgefangener“, dem sich auch der Badische Landesverein angeschlossen hat, ist der Rufschrei des deutschen Volkes um die endgültige und baldige Rückgabe seiner Söhne. Alle, die sich der neuen Bewegung anschließen wollen, sind uns willkommen.

Der Badische Landesverein und seine Gefangenenfürsorge sind sich bewußt, daß bis zur endlichen Rückkehr unserer Gefangenen und auch bei ihrer Rückkehr selbst noch viele Unterstützungsaufgaben zu erfüllen sind. Hierzu bedarf aber der Landesverein weiterer bedeutender Mittel. Es gilt daher neue Möglichkeiten, neue Mittel zu schaffen.

Landsleute gebt!

Gebt freudig!

Gebt reichlich!

Gebt alle!

Gaben werden bei allen durch Aushang kenntlich gemachten Sammelstellen der im Lande befindlichen Banken, Sparkassen, Vorschufsvereine, Postämter und sonstigen Geschäften, den Sammelstellen der Orts- und Bezirks-Ausschüsse des Roten Kreuzes, insbesondere bei der Depotabteilung, oder durch Ueberweisung auf das Postcheckkonto der Depot-Abteilung des Badischen Landesvereins für die Gefangenen-Fürsorge-Sammlung Nr. 17300 Karlsruhe angenommen.

Badischer Landesverein vom Roten Kreuz:

Der Ehrenvorsitzende:

Max Prinz von Baden.

Der Vorsitzende des Gesamtvorstandes:

General Limberger,
Karlsruhe.

Der Leiter d. Landesauschusses der Bad. Gefangenenfürsorge:

Univ.-Prof. Dr. Partsch,
Freiburg.

Der Vorsitzende der Depot-Abteilung:

Dr. Stroebe, Karlsruhe.

wird aufgefordert, spätestens in dem auf Dienstag den 3. Juni 1919, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.
Raftatt, 4. Febr. 1919.
Bad. Amtsgericht.

3.650. Freiburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Zementwarengeschäfts Theodor Edmann in Bittenweiler wurde Termin zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, sowie zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses Termin bestimmt auf Dienstag, 25. Febr. 1919, vorm. 9 1/2 Uhr, vor dem Amtsgericht hier selbst, Raftattstraße 14, I. Etod, Zimmer Nr. 5.
Freiburg, 1. Febr. 1919.
Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts 3.

3.675.2.1. Aherlingen. Die Josefina Mg, Witwe in Aherlingen, hat beantragt, den verstorbenen Friedrich Mg, Elektroingenieur, zuletzt wohnhaft in Aherlingen, für tot zu erklären. Der bezeichnete Verstorbenen wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Mittwoch den 24. September 1919, vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. In alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verstorbenen zu erteilen vermögen, erucht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gerichte Anzeige zu machen.

Aherlingen,
1. Februar 1919.
Amtsgericht.

Verchiedene Bekanntmachungen.

Die Firma Selzer & Co. G. m. b. H. in Grenzach hat unterm 1. Juli 1918 die Auflösung der Gesellschaft beschlossen u. den Liquidator bestellt. Gemäß § 6 des Handelsgesetzbuchs fordere ich die Gläubigerschaft auf, sich bei derselben zu melden.
Rechtsanwalt Schmitt,
Lörrach.

Tiefbauarbeiten zur Verbreiterung des Zufahrtsweges zur Haltestelle und Erstellung eines Entwässerungskanal in Karlsruhe-Mühlburg nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben: ungefähr 240 qm Straßengröße und 85 lfd. m Entwässerungsleitung. Pläne und Bedingungen auf unserem Zeichenbureau im Aufnahmestäude des neuen Personenbahnhofes in Karlsruhe zur Einsicht. Kein Verband nach auswärts. Angebote — Vorbrude dazu auf unserem Zeichenbureau — mit Aufschrift „Verbreiterung des Zufahrtsweges zur Haltestelle in Karlsruhe-Mühlburg“, spätestens bis Dienstag, den 18. Februar d. J., vormittags 11 Uhr, verschlossen und postfrei, bei uns einzureichen. Aufschlußfrist drei Wochen.
Karlsruhe, 31. Jan. 1919.
Bahnbaupinspektion 2.

Bayer.-Schweiz.-Südbadischer Verkehr.
Der Gütertarif vom 1. April 1910 tritt mit Ablauf des 31. März 1919 außer Kraft. 3.670
Karlsruhe, 5. Febr. 1919
Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.